

Eine SMS reicht – so kurz war der Draht von Zürich zum Bund noch nie

Was, wenn der Kanton keinen Sitz mehr im Bundesrat hat? Wichtiger sei eine gute Vertretung der Wirtschaftszentren sagen zwei, die es wissen

STEFAN HOTZ

Schönenberg, bis vor vier Jahren eine eigenständige Gemeinde, gehört heute zu Wädenswil. Hier war Ernst Stocker (SVP) von 2006 bis 2010 Stadtpräsident. Deshalb startete der Zürcher Finanzdirektor am Samstag die Kampagne für seine Wiederwahl im idyllischen Dorf mit Blick auf den Zürichsee.

Neben seiner Mitstreiterin von der SVP, Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, ist auch Ueli Maurer, der Ende Jahr als Bundesrat zurücktritt, nach Schönenberg gekommen. Er vermisste ihn schon heute, sagte Stocker im Sali des «Rössli»; diese Lücke zu füllen, werde nicht einfach. Maurer sei ein äusserst verlässlicher Finanzminister. Der Parteikollege habe auf seine Einladung per SMS bereits nach einem halben Tag fest zugesagt, am Wahlkampfauftakt teilzunehmen.

Geberkantone im Bundesrat

Nun stellt die Zürcher SVP mit Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt zwar einen Kandidaten für Maurers Nachfolge. Aber seine Erfolgsaussichten sind laut allen Auguren nicht sonderlich gut, denn der Berner Albert Rösti gilt als Favorit. Bis anhin war der Wirtschaftskanton Zürich fast ununterbrochen im Bundesrat vertreten. Was bedeutet es, falls das nicht mehr der Fall wäre?

Die Frage gab vor den Parteianhängern zu reden. Weniger die kantonale Herkunft im engeren Sinn sei entscheidend, meinte Maurer. Jedoch sollten die Geberkantone, die in den Finanzausgleich einzahlen, im Bundesrat vertreten sein. Zürich sei noch nicht aus dem Rennen, hielt Stocker fest.

Einig waren sich beide Politiker, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der wirtschaftlichen Corona-Hilfe äusserst erfolgreich war. Dafür sei die Schweiz weitherum beneidet worden, sagte Stocker. Er wusste im kritischen Winter 2020/21 mit dem langen Shutdown, als Bund und Kantone Milliarden an notleidende Betriebe ausschütteten, immer rasch und sehr genau, was der Bund vorhatte.

Allerdings ist es eine spezielle Konstellation, dass Ueli Maurer und Ernst Stocker nicht nur aus dem gleichen Kanton stammen, sondern auch der gleichen Partei angehören, beide das Finanzressort betreuen und aus der Land-



Kaffeepause mit einsatzbereiter Maske am Ohr: der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker (links) und Bundesrat Ueli Maurer während der Pandemie Ende März 2021 im Medienzentrums des Kantons Zürich.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

wirtschaft kommen. Jeden beschäftigten aus seiner Warte die gleichen Themen: neben der Bewältigung der Pandemie die Unternehmenssteuerreform, die Mindeststeuer gemäss OECD oder den Rettungsschirm für den Energiekonzern Axpo. Spielte da die spezielle Beziehung eine Rolle?

Selbstverständlich sei das gut und habe er davon profitiert, sagt Stocker gegenüber der NZZ. Aber nicht nur er und Zürich: Wichtig sei, dass man überhaupt einen guten Zugang zu einem Bundesrat habe, und das gelte im Fall von Maurer auch für andere. «Alle Finanzdirektoren der Schweiz schätzen es ungemein, wie einfach man an Maurer herankommt», sagt Stocker.

Die Schweiz profitiere von ihren kurzen Wegen. Bei Maurer seien sie ultrakurz, so Stocker. Er illustriert das am Fall Axpo. Auslöser für die Aktivierung des Rettungsschirms Anfang September war tatsächlich eine SMS von Stocker an

Maurer. Es sei darum gegangen, rasch einen Termin zu erhalten.

Kantone näher am Geschehen

Ueli Maurer sieht das ganz pragmatisch: In der damaligen Situation mit explodierenden Strompreisen sei klar gewesen, dass man schnell Sicherheit schaffen musste. Die Kantone hätten wegen des Finanzreferendums nicht rasch genug reagieren können. Andere hätten wohl zuerst eine Kommission einberufen und Juristen mit Abklärungen beauftragt, sagt der Bundesrat: «Wir haben das Problem in 48 Stunden gelöst.»

Nur der Bund könne in so kurzer Zeit Milliarden als Sicherheit zur Verfügung stellen, ergänzt Stocker. Geld sei bis anhin keines geflossen, die Banken hätten der Axpo wieder Kredit gegeben, und die Situation habe sich für den Moment entspannt: «Es ist zu 100 Prozent aufgegangen.»

Profitierte auch der eidgenössische Finanzminister vom Draht nach Zürich? Aus den Kantonen komme im Entscheidungsprozess immer eine zusätzliche Meinung, was wichtig sei, antwortet Maurer. Wer Macht habe, wolle noch mehr Macht, das sei in Bern nicht anders als in Brüssel. Dabei seien die Kantone entscheidend und näher am Geschehen. «Man muss den Föderalismus immer wieder stärken», sagt Maurer.

Ausserdem nehme das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge ab. In einem Kanton, der wie Zürich sehr nah am wirtschaftlichen Geschehen sei, sei es noch eher vorhanden, sagt Maurer. Hier erkenne man auch die Auswirkungen der gefällten Beschlüsse besser.

Der Vorsteher des Finanzdepartements nennt sogar eine Formel für die Bundesratswahl: Von der drei grossen Wirtschaftsräumen der Schweiz – Zürich, Nordwestschweiz mit Basel so-

wie der Raum Genf - Lausanne – sollten immer zwei im Bundesrat vertreten sein. Zürich alleine sei nicht das Mass aller Dinge, es brauche den Dialog unter den Wirtschaftszentren.

Vier Mitglieder des Bundesrats aus der lateinischen Schweiz fände er nicht gut, stellt Stocker fest. Das tönte fast danach, als würden die beiden SVP-Männer auf der Seite der SP die ehemalige Basler Finanzdirektorin Eva Herzog bevorzugen. Aber selbstverständlich geben sie öffentlich keine Wahlempfehlung ab.

Maurer hört indes das Gras wachsen und meint, es sei keineswegs gesagt, dass die jurassische Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider chancenlos sei. Stocker meint, ob Maurers Nachfolgerin eine bisherige Freisinnige aus St. Gallen oder eine neue Sozialdemokratin aus Basel sei, spiele in den Kantonen am Ende keine so grosse Rolle.

Auf dem Velo durch ganz Italien

Auf jeden Fall erwarten die beiden Zürcher Finanzpolitiker wie die ganze politisch interessierte Schweiz gespannt, wer am Mittwoch im Bundeshaus das Rennen macht. Und ganz besonders, wer im neuen Jahr das Finanzdepartement des Bundes übernimmt. Danach aber gehen ihre Wege ziemlich weit auseinander.

Ernst Stocker liess sich noch einmal mit 67 Jahren zu einer Kandidatur für den Zürcher Regierungsrat bewegen. Welches die grössten Herausforderungen seien, denen er entgegentreffe, wurde er vor den Parteianhängern gefragt. Das seien eigentlich die gleichen wie bis anhin, antwortete er. Nachdem der Kanton im Frühling die Rechnung 2021 mit einem Plus von 750 Millionen Franken vorlegte, werde es schwierig, den immer zahlreicheren Ansprüchen widerstehen zu können. Und das, obwohl Geld von der Nationalbank fehle und sich eine rezessive Tendenz abzeichne.

Von Ueli Maurer wird man im nächsten Jahr wenig hören. Mitte Februar reist er nach Sizilien und wird im mediterranen Frühling bis Ostern mit dem Fahrrad der Länge nach durch ganz Italien fahren. Nach dem Sechseläuten besucht er in Kanada einen Sohn, in etwa einem Jahr einen anderen Sohn, der in Norwegen lebt. Maurer will einmal den Winter im hohen Norden erleben. Das sind doch Aussichten.

Nach Datenskandal will die SVP eine PUK einsetzen

Die Partei erhöht den Druck auf Jacqueline Fehr und fordert komplette Transparenz durch eine parlamentarische Untersuchungskommission

DANIEL FRITZSCHE

Es ist eine irre Geschichte. Eine, die man in billigen Thrillern, aber nicht in der biederen Zürcher Kantonsverwaltung vermutet. Über kurze Umwege geraten heikle Daten aus der Justizdirektion ins Zürcher Drogenmilieu: Privatadressen von Staatsangestellten, Handnummern von Polizisten, sogar psychiatrische Gutachten. Alles nur, weil die Verantwortlichen alte Festplatten nicht richtig entsorgt haben – und das über sechs Jahre lang, von 2006 bis 2012.

Vertreterinnen und Vertreter der SVP haben den faustdicken Datenskandal letzte Woche mit Anfragen im Kantonsrat in die Öffentlichkeit gebracht. Nun fordert die Partei von den Behörden komplette Transparenz. Sie will dafür sogar eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einberufen, wie der Kantonsrat Claudio Schmid gegenüber der NZZ sagt. «Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können.»

Schmid wirft der Justizdirektion unter Führung der SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr vor, den Skandal unter dem Deckel gehalten zu haben. «Das verstehe ich nicht unter transparenter Regierungsführung», kritisiert Schmid. Selbst Mitglieder der kantonsrätlichen Geschäftsprüfungskommission seien vom Ausmass des Skandals überrascht. Diese sind zwar über den Fall und eine 2020 eingeleitete Administrativuntersuchung informiert worden – anscheinend aber nicht über deren Ergebnis. Nun reagiere man wie ein Hühnerhaufen, in deren Stall ein Fuchs eingedrungen sei.

Fehlende Information

Der SVP-Mann Schmid wird grundsätzlich: «Ich werfe der Justizdirektion vor, zu manipulieren, zu verwehlen, zu verschleiern und zu lügen.» Diese Vorwürfe müssten nun durch eine PUK geklärt werden. Man müsse die Chefsbeamten befragen, die im Zuge einer solchen Untersuchung zur kompletten Wahrheit verpflichtet seien. Am Montag

wolle man im Kantonsrat die Basis für die Einsetzung einer PUK mit den notwendigen Kompetenzen legen.

Jacqueline Fehr, die die Justizdirektion seit 2015 leitet, treffe in diesem Skandal nicht die Hauptschuld, sagt Claudio Schmid. Die läppisch entsorgten Festplatten habe sie persönlich nicht zu verantworten, wenn schon ihre Vorgänger Markus Notter (SP) und Martin Graf (Grüne). Jedoch habe Fehr es verpasst, die Öffentlichkeit aktiv, sachlich, verständlich und transparent zu informieren – und das laut Schmid nicht zum ersten Mal. Der SVP-Kantonsrat spricht von «systematischer Zudeckerei» in der Justizdirektion, die viel Vertrauen verspielt habe. Sowohl der Kantonsrat und seine Gremien wie auch die Öffentlichkeit würden nur nach politischer Opportunität informiert – oder wenn es gar nicht mehr anders gehe.

Schmid erwähnt in diesem Zusammenhang auch den Fall Brian. Dass der wohl bekannteste Häftling der Schweiz kürzlich die Erlaubnis erhalten habe, während seiner Untersuchungshaft ein ausführliches TV-Interview auf SRF

zu geben, bezeichnet er als «grotesk». Dazu komme ein bis jetzt unbekannter Fall eines Strafgefangenen, der während seines Hafturlaubs schwere Delikte verübt haben soll. «Darüber wurde überhaupt nicht informiert», sagt Schmid. Man warte nun gespannt auf die Antworten auf eine dazu eingereichte Interpellation im Parlament.

Jurist legt Fehr Rücktritt nahe

Jacqueline Fehr und ihre angeschossene Direktion wollen sich erst am Dienstag vor den Medien erklären. Sie haben zu einem Point de presse geladen. Inhalt: «Datensicherheitsvorfall bei der Direktion JI in den Jahren 2006 bis 2012». Für den Zürcher Anwalt und Datenschutzexperten Martin Steiger kommt diese Erklärung zu spät. Seit zwei Jahren wüssten die Behörden vom selbstverschuldeten Datenskandal; der Öffentlichkeit hätten sie ihn bisher verschwiegen. «Wenn schweizerische Behördenmitglieder Verantwortung zu tragen hätten, müsste Regierungsrätin Fehr zurücktreten», schrieb Steiger auf Twitter.

In einem «Blick»-Interview vom Wochenende erläuterte Steiger weiter, dass er den Verlust des Vertrauens in die Zürcher Justiz als «enorm» einschätze. Wenn es zutrefte, dass man Geld habe sparen wollen bei der Entsorgung und Hardware einfach ohne Vertrag abgegeben habe, könnten Sorgfaltspflichten verletzt worden sein. Wenn Festplatten mit dem blossen Hinweis abgegeben worden seien, man solle die Daten löschen, um die Festplatten weiterverkaufen zu können, wäre laut Steiger sogar eine Amtsheimlichkeitsverletzung denkbar.

Der Jurist bringt eine unabhängige, ausserkantonale Prüfung des Vorfalls in die Diskussion. «Naheliegender wäre ein Sonderstaatsanwalt», sagt er. Es stünden viele schwerwiegende Vorwürfe im Raum. Solange unklar bleibe, weshalb die Staatsanwaltschaft der Gelegenheit nicht nachgegangen sei, würden «misstrauische Menschen» an Amtsmisbrauch oder Begünstigung denken. Steigers Fazit: «Die Zürcher Justiz sollte nicht mit solchen Vorwürfen leben müssen.»